

Protokoll

über die 9. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2022 in
der Weststadthalle, Berliner Ring 87, 64625 Bensheim

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 22.07 Uhr

Anwesend sind:

Stadtverordnetenvorsteherin	Deppert, Christine
Stadtverordneter	Bahadori, Feridun
Stadtverordnete	Becker, Sibylle
Stadtverordneter	Dorsheimer, Ralf
Stadtverordneter	Gärtner, Maximilian
Stadtverordneter	Heinz, Tobias
Stadtverordnete	Jackstein, Petra
Stadtverordneter	Jakob, Dominik
Stadtverordneter	Klos, Rico
Stadtverordnete	Marquardt, Tanja
Stadtverordnete	Schich-Kiefer, Ingrid
Stadtverordneter	Dr. Schwabenland, Rolf
Stadtverordneter	Dr. Schwalbach, Peter
Stadtverordneter	Volprecht, Rudolf
Stadtverordneter	Stenger, Bernhard
Stadtverordnete	Glock, Sina Vanessa
Stadtverordneter	Dr. Götz, Thomas
Stadtverordnete	Sterzelmaier, Doris
Stadtverordneter	Wüstner, Hanns-Christian
Stadtverordneter	Bauer, Werner
Stadtverordneter	Kaltwasser, Jürgen
Stadtverordnete	Middleton, Eva
Stadtverordneter	Stühling, Ralph
Stadtverordneter	Sydow, Michael
Stadtverordnete	Blumenschein, Lisa-Marie
Stadtverordneter	Eschborn, Thorsten
Stadtverordneter	Fischer, Tobias Peter
Stadtverordneter	Apfel, Franz
Stadtverordneter	Koller, Norbert
Stadtverordnete	Dr. Vogt-Saggau, Ulrike
Stadtverordneter	Hillenbrand, Alois
Stadtverordneter	Leisemann, Peter
Stadtverordneter	Dr. Tiemann, Rolf

Entschuldigt:

Stadtverordnete	Adam, Antje
Stadtverordnete	Hoeller, Sarah
Stadtverordnete	Knapp, Kira
Stadtverordneter	Kredel, Jochen

Stadtverordneter	Müller, Moritz
Stadtverordnete	Rinke, Birgit
Stadtverordnete	Dr. Schmidt, Fatemeh
Stadtverordnete	Filippone, Adriana
Stadtverordneter	Moritz, Heiko
Stadtverordneter	Dr. Schepp, Rolf
Stadtverordneter	Kahnt, Rolf
Stadtverordneter	Penteker, Matthias

Vom Magistrat:

Bürgermeisterin	Klein, Christine
Stadtrat	Oyan, Adil
Stadtrat	Born, Peter L.
Stadtrat	Knapp, Manfred
Stadträtin	Koebe, Josefine
Stadtrat	Scharff, Andreas
Stadtrat	Seibert, Hans

Vom Magistrat entschuldigt:

Erste Stadträtin	Erste Stadträtin Rauber-Jung, Nicole
Stadtrat	Born, Andreas
Stadtrat	Ottiger, Waltrud
Stadtrat	Roeder, Oliver
Stadtrat	Rothermel, Wilhelm

Vom Ortsbeirat:

Ortsvorsteher	Klapfenberger, Konrad
Ortsvorsteher	Dr. Stötzel, Stefan

Verwaltung	Bossler, Maike
	Rühlmann, Gerlinde
	Losser, Markus
	Wetzel, Markus

Schriftführerin	Dietzel, Andrea
------------------------	-----------------

Stadtverordnetenvorsteherin Deppert eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Magistrats sowie die Gäste. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest.

Auf Antrag des Stadtverordneten Heinz wird die Sitzung unterbrochen und der Ältestenrat einberufen.

Nach Beratung des Ältestenrates wird die **Tagesordnung um den Punkt 14 „Bericht Haushaltssicherungskonzept“ erweitert.**

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Stadtverordneter Müller verlässt die Sitzung.

Punkt 1.a) Mitteilungen und Berichte der Stadtverordnetenvorsteherin und der Ausschussvorsitzenden

Anmerkung: Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt 1.b) Abgabe von persönlichen Erklärungen der Stadtverordneten oder Magistratsmitglieder

Anmerkung: Es liegen keine Anzeigen einer persönlichen Erklärung vor.

Punkt 1.c) Mitteilungen und Berichte des Magistrats gemäß § 50 Abs. 3 HGO

Stadtrat Oyan berichtet zum Haushaltssicherungskonzept.

**Punkt 2) Dorfentwicklung
Empfehlung der Steuerungsgruppe und der Verwaltung für die
Mittelanmeldung im Haushalt 2023**

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass die Verwaltung für die in der vorliegenden Begründung genannten Projekte der Dorfentwicklung die entsprechenden Kosten in die Mittelanmeldung für den Haushalt 2023 einbringt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

**Punkt 3) Freigabe von über- und außerplanmäßigen Haushaltsmitteln gemäß § 100 HGO für die Durchführung von Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes
hier: Umsetzung der Maßnahmen gemäß Stufe 1 des Stufenkonzeptes "Einsatzszenario Stromausfall"**

Beschluss:

Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 750.000 € sowie außerplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 20.000 € gem. § 100 HGO für die Umsetzung der Katastrophenschutzmaßnahmen gemäß Stufe 1 des Stufenkonzeptes „Einsatzszenario Stromausfall“ wird zugestimmt.

Die Finanzierung der überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 750.000 € erfolgt im aktuellen Haushaltsjahr vornehmlich über Mehrerträge bei der Gewerbesteuer. Sollten diese nicht ausreichen über die Verwendung der vorgehaltenen ungebundenen Liquidität.

Die Deckung der außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von 20.000 € kann über die Mehrerträge bei der Gewerbesteuer erfolgen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 4) Freigabe von überplanmäßigen Haushaltsmittel gemäß § 100 HGO für das Projekt "Aufrechterhaltung, Sicherstellung und Erhöhung der IT-Sicherheit"

Beschluss:

Für die zur „Aufrechterhaltung, Sicherstellung und Erhöhung der IT-Sicherheit“ notwendigen Änderungen an der IT-Infrastruktur werden aufgrund der Kritikalität der Maßnahmen überplanmäßige Haushaltsmittel gem. § 100 HGO in Höhe von 524.500 € für die Projekte 5001002 „Neuanschaffung Software und Lizenzen (188.400 €) und 5001003 „Neuanschaffungen Hardware“ (336.100 €) beim Produkt 2.13.03 „Bereitstellung EDV und Kommunikationstechnik“ zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung der überplanmäßigen Auszahlungen erfolgt vornehmlich über Mehrerträge bei der Gewerbesteuer (§ 100 Abs. 1 HGO). Sollten diese nicht ausreichen über die Verwendung der vorgehaltenen ungebundenen Liquidität.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

**Punkt 5) Naturschutzzentrum Bergstraße gGmbH
Hier: Verlängerung des Gesellschaftsvertrags und Erhöhung der
Zuschussleistungen der Gesellschafter**

Beschluss:

1. Die Finanzierungsvereinbarung des Gesellschaftsvertrages der Naturschutz-zentrum Bergstraße gGmbH wird ab dem Wirtschaftsjahr 2023 um weitere 10 Jahre verlängert.

Der damit verbundenen Übernahme eines Betriebskostenzuschusses in Höhe von 60.000 EUR jährlich sowie der darin enthaltenen Erhöhung um 10.000 EUR wird zugestimmt.

2. Die Finanzierung des Betriebskostenzuschusses erfolgt aus den Einnahmen der Nutzungsentschädigung Kiesgewinnung Erlache.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

**Punkt 6) Benennung der zukünftigen Erschließungsstraße im Baugebiet
"Meerbachsportplatz" (BO VE 9)**

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass die in der Anlage gelb dargestellte Straße im Plangebiet des Bebauungsplanes BO VE 9 „Meerbachsportplatz“ die Bezeichnung „Zum Alten Sportplatz“ erhält.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

**Punkt 7) Rechtmäßigkeit von Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) der
Stadt Bensheim an die Wohnbau Bergstraße eG nach Maßgabe
des EU-Beihilfenrechts für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus
hier: Anwendung des so genannten "Almunia-Pakets" der
Europäischen Kommission (Erlass eines Betrauungsaktes für 10
Jahre)**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die im sogenannten „Almunia-Paket“ der Europäischen Kommission aufgeführten Kriterien für kommunale „Ausgleichsleistungen“, d.h. für alle vom Staat oder aus staatlichen (kommunalen) Mitteln jedweder Art gewährten Vorteile, an Unternehmen mit Gemeinwohlaufgaben

beachtet werden und dass öffentliche (kommunale) Mittel nach EU-Wettbewerbsrecht nur in dem Umfang an die Wohnbau Bergstraße eG (im Folgenden: „Wohnbau“) fließen dürfen, wie die Gemeinwohlaufgabe infolge des öffentlichen Betrauungsaktes reicht. Die Stadt Bensheim betraut die Wohnbau durch den als Anlage beigefügten Akt mit den dort beschriebenen förderfähigen „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (Gemeinwohlaufgaben nach Ziffer 1 des Betrauungsaktes). In Abgrenzung hierzu werden auch die ohne vorherige Anmeldung (Notifizierung) bei der EU-Kommission grundsätzlich nicht förderfähigen – zurzeit nicht vorliegenden – sonstigen Dienstleistungen ausdrücklich benannt (Ziffer 2 des Betrauungsaktes). Die Betrauung erfolgt für eine Dauer von 10 Jahren. Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Anpassungen vorzunehmen, wenn diese den wesentlichen Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert.

Abweichend vom ursprünglichen Beschluss vom 02.07.2020 wird der Kaufpreis an die Stadt Bensheim ausgezahlt. Die Belegungsrechte bleiben zu Gunsten der Stadt Bensheim bestehen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 8) Bebauungsplan BW 22 "Westlich Ampèrestraße" - 4. Änderung

- a) Aufstellungsbeschluss**
- b) Beschluss des Entwurfs**
- c) Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Beschluss:

- a) Der Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplanes BW 22 „Westlich Ampèrestraße“ wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB gefasst. Die Aufstellung des Bebauungsplanes wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt.
- b) Der Entwurf des Bebauungsplanes BW 22 „Westlich Ampèrestraße“ 4. Änderung wird in der vorliegenden Form beschlossen.
- c) Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB i.V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB wird hiermit beschlossen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

**Punkt 9) Kommissionen; hier: Nachwahl von sachkundigen Einwohnern
gem. § 72 HGO**

Anmerkung: Auf Nachfrage von Stadtverordnetenvorsteherin Deppert werden keine Einwände gegen eine offene Abstimmung erhoben.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt gemäß § 72 Abs. 2 HGO folgende Vertreter/innen und Stellvertreter/innen als sachkundige Einwohner/innen in die:

Sozialkommission der Stadt Bensheim:

Institution / Verein für Sozialkommission	Vertreter*in	1. Stellvertreter*in	2. Stellvertreter*in
Seniorenbeirat	Gudrun Frehse	Carola Unrath	./.
DRK Ortsvereinigung Bensheim e.V.	./.	./.	Lisa Lehmann (beratend)

Sicherheitskommission der Stadt Bensheim:

Institution / Verein für Sicherheitskommission	Vertreter*in	1. Stellvertreter*in	2. Stellvertreter*in
Seniorenbeirat	Gudrun Frehse	Erika Ross	./.
Diakonisches Werk Bergstraße Streetwork in Bensheim	Alexandra Weißhaar (beratend)	Marlene Lomnitzer (beratend)	./.
Ausländerbeirat	./.	./.	David Scott
Polizeipräsidium Südhessen Netzwerk gegen Gewalt	Janina Hallstein (beratend)	Stefanie von Hammel (KOMPASS-Beraterin) (beratend)	Heidrun Wileschek (beratend)

Verkehrskommission der Stadt Bensheim:

Institution / Verein für Verkehrskommission	Vertreter*in	1. Stellvertreter*in	2. Stellvertreter*in
Seniorenbeirat	Gudrun Frehse	Dieter Braun	./.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

**Punkt 10.a) Änderungsantrag der FWG-Fraktion bezüglich
"Landesprogramm "Zukunft Innenst**

Anmerkung: Auf Antrag der FWG-Fraktion erfolgt die Einzelabstimmung

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. das Projekt 1 „Urban Gardening Hoffart Gelände“ zunächst zu sistieren.

Der Beschluss wird gefasst mit: 03 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

2. umgehend konstruktive Gespräche mit den der Verwaltung bekannten, aktuell an der Entwicklung des Hoffart-Geländes interessierten Investoren zu führen, mit dem Ziel, die seit langem bestehende Baulücke kurzfristig zu schließen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 6 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

**Punkt 10.b) Landesprogramm "Zukunft Innenstadt"
Grundsatzbeschluss**

Anmerkung: Der Beschluss wird mit den Änderungen (**fett gedruckt**) gefasst.

Beschluss:

Der Antrag für das Landesförderprogramm „Zukunft Innenstadt“ **hinsichtlich des Hoffart-Geländes** und die für die Erteilung des Zuwendungsbescheides erforderliche Bestätigung, dass

- angestrebt wird, mit den Projekten und Maßnahmen des Raumbudgets die Innenstadt der Stadt Bensheim zu stärken
- eine Strategie für die Innenstadt erarbeitet wurde und
- die genannten Maßnahmen und Projekte dazu beitragen die Ziele dieser Strategie zu erreichen

-
wird beschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung verpflichtet sich die erforderlichen Mittel in Höhe von **100.000 €** im Haushaltsplan 2023 bereitzustellen um eine Antragsstellung beim Landesprogramm „Zukunft Innenstadt“ zu ermöglichen. Im Rahmen des Förderprogramms werden Projekte von Kommunen mit einem Fördersatz von bis zu 90% finanziert.

Sollte die Stadt Bensheim nicht in das Förderprogramm aufgenommen werden, so werden die Mittel abgeplant.

Der Beschluss wird gefasst mit: 30 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Punkt 11.a) Änderungsantrag der BfB-Fraktion bezüglich "Neuausrichtung bzw. Abwicklung der MEGB"

Anmerkung: Der Antrag wird vom Antragsteller in der Sitzung zurückgezogen. Über den Punkt wird deshalb nicht abgestimmt.

Punkt 11.b) Änderungsantrag der Fraktionen von BfB und FWG bezüglich "MEGB mbH"

Anmerkung: Auf Antrag der BfB-Fraktion wird namentlich und einzeln abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Entscheidungsgrundlage über eine Neuausrichtung, eine Aufgaben-Änderung bzw. eine Abwicklung der MEGB zur Kenntnis.

Namentliche Abstimmung

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Sonstiges	Ja	Nein	Enthaltung
1	Adam	Antje	entschuldigt			
2	Apfel	Franz		x		
3	Bahadori	Feridun		x		
4	Bauer	Werner		x		
5	Becker	Sibylle			x	
6	Blumenschein	Lisa-Marie		x		
7	Deppert	Christine			x	
8	Dorsheimer	Ralf			x	
9	Eschborn	Thorsten			x	
10	Filippone	Adriana	entschuldigt			
11	Fischer	Tobias			x	
12	Gärtner	Maximilian			x	

13	Glock	Sina		x		
14	Dr. Götz	Thomas		x		
15	Hillenbrand	Alois		x		
16	Heinz	Tobias			x	
17	Hoeller	Sarah	entschuldigt			
18	Jackstein	Petra			x	
19	Jakob	Dominik			x	
20	Kahnt	Rolf	entschuldigt			
21	Kaltwasser	Jürgen			x	
22	Klos	Rico			x	
23	Knapp	Kira	entschuldigt			
24	Koller	Norbert		x		
25	Kredel	Jochen	entschuldigt			
26	Leisemann	Peter		x		
27	Marquardt	Tanja			x	
28	Middleton	Eva			x	
29	Moritz	Heike	entschuldigt			
30	Müller	Moritz	entschuldigt			
31	Penteker	Mathias	entschuldigt			
32	Rinke	Birgit	entschuldigt			
33	Dr. Schopp	Rolf	entschuldigt			
34	Schich-Kiefer	Ingrid			x	
35	Dr. Schmidt	Fatemeh	entschuldigt			
36	Dr. Schwabenland	Rolf			x	
37	Dr. Schwalbach	Peter			x	
38	Stenger	Bernhard			x	
39	Sterzelmaier	Doris		x		
40	Stühling	Ralph			x	
41	Sydow	Michael			x	
42	Dr. Tiemann	Rolf		x		
43	Dr. Vogt-Saggau	Ulrike		x		
44	Volprecht	Rudolf			x	
45	Wüstner	Hanns-Christian		x		

Der Beschluss wird gefasst mit: 13 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

2. Eine Übertragung des Bereiches Gebäudemanagement auf die MEGB wird nicht weiterverfolgt.

Namentliche Abstimmung

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Sonstiges	Ja	Nein	Enthaltung
4	Adam	Antje	entschuldigt			
2	Apfel	Franz		x		
3	Bahadori	Feridun		x		
4	Bauer	Werner			x	

5	Becker	Sibylle		x		
6	Blumenschein	Lisa-Marie			x	
7	Deppert	Christine			x	
8	Dorsheimer	Ralf			x	
9	Eschborn	Thorsten			x	
10	Filippone	Adriana	entschuldigt			
11	Fischer	Tobias			x	
12	Gärtner	Maximilian			x	
13	Glock	Sina				x
14	Dr. Götz	Thomas		x		
15	Hillenbrand	Alois		x		
16	Heinz	Tobias			x	
17	Hoeller	Sarah	entschuldigt			
18	Jackstein	Petra			x	
19	Jakob	Dominik			x	
20	Kahnt	Rolf	entschuldigt			
21	Kaltwasser	Jürgen				x
22	Klos	Rico			x	
23	Knapp	Kira	entschuldigt			
24	Koller	Norbert		x		
25	Kredel	Jochen	entschuldigt			
26	Leisemann	Peter		x		
27	Marquardt	Tanja			x	
28	Middleton	Eva				x
29	Moritz	Heike	entschuldigt			
30	Müller	Moritz	entschuldigt			
31	Penteker	Mathias	entschuldigt			
32	Rinke	Birgit	entschuldigt			
33	Dr. Schopp	Rolf	entschuldigt			
34	Schich-Kiefer	Ingrid			x	
35	Dr. Schmidt	Fatemeh	entschuldigt			
36	Dr. Schwabenland	Rolf			x	
37	Dr. Schwalbach	Peter			x	
38	Stenger	Bernhard		x		
39	Sterzelmaier	Doris		x		
40	Stühling	Ralph			x	
41	Sydow	Michael			x	
42	Dr. Tiemann	Rolf		x		
43	Dr. Vogt-Saggau	Ulrike		x		
44	Volprecht	Rudolf			x	
45	Wüstner	Hanns-Christian		x		

Der Beschluss wird gefasst mit: 12 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

3. Die Verwaltungsvorlage wird zur weiteren Beratung in die HFA-Sitzung im Oktober 2022 und in die nachfolgende STVV im November 2022 verschoben. Dies ermöglicht es, die umfangreiche, detaillierte Entscheidungsgrundlage intensiver und genauer zu analysieren, noch bestehende Fragen klären und ggfs. weitere Informationen beschaffen zu können.

Namentliche Abstimmung

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Sonstiges	Ja	Nein	Enthaltung
4	Adam	Antje	entschuldigt			
2	Apfel	Franz		x		
3	Bahadori	Feridun			x	
4	Bauer	Werner			x	
5	Becker	Sibylle			x	
6	Blumenschein	Lisa-Marie			x	
7	Deppert	Christine			x	
8	Dorsheimer	Ralf			x	
9	Eschborn	Thorsten			x	
40	Filippone	Adriana	entschuldigt			
11	Fischer	Tobias			x	
12	Gärtner	Maximilian			x	
13	Glock	Sina		x		
14	Dr. Götz	Thomas		x		
15	Hillenbrand	Alois		x		
16	Heinz	Tobias			x	
17	Hoeller	Sarah	entschuldigt			
18	Jackstein	Petra			x	
19	Jakob	Dominik			x	
20	Kahnt	Rolf	entschuldigt			
21	Kaltwasser	Jürgen			x	
22	Klos	Rico			x	
23	Knapp	Kira	entschuldigt			
24	Koller	Norbert		x		
25	Kredel	Jochen	entschuldigt			
26	Leisemann	Peter		x		
27	Marquardt	Tanja			x	
28	Middleton	Eva			x	
29	Moritz	Heike	entschuldigt			
30	Müller	Moritz	entschuldigt			
31	Penteker	Mathias	entschuldigt			
32	Rinke	Birgit	entschuldigt			
33	Dr. Schopp	Rolf	entschuldigt			
34	Schich-Kiefer	Ingrid			x	
35	Dr. Schmidt	Fatemeh	entschuldigt			
36	Dr. Schwabenland	Rolf			x	
37	Dr. Schwalbach	Peter			x	
38	Stenger	Bernhard			x	
39	Sterzelmaier	Doris		x		

40	Stühling	Ralph			x	
41	Sydow	Michael			x	
42	Dr. Tiemann	Rolf		x		
43	Dr. Vogt-Saggau	Ulrike		x		
44	Volprecht	Rudolf			x	
45	Wüstner	Hanns-Christian		x		

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

4. Der Magistrat wird beauftragt, gemäß der Hinweise der Entscheidungsgrundlage eine verbindliche Auskunft beim Finanzamt einzuholen, in der geklärt wird, ob im Falle der Rückumwandlung der MEGB nach dem Umwandlungsgesetz (UmwG) die Voraussetzungen für eine nach § 6a GrEStG begünstigte Vermögensübertragung gegeben sind und damit die Vermögensübertragung gemäß § 174 UmwG ohne Grunderwerbssteuerbelastung erfolgen könnte.

Namentliche Abstimmung

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Sonstiges	Ja	Nein	Enthaltung
1	Adam	Antje	entschuldigt			
2	Apfel	Franz		x		
3	Bahadori	Feridun			x	
4	Bauer	Werner			x	
5	Becker	Sibylle			x	
6	Blumenschein	Lisa-Marie			x	
7	Deppert	Christine			x	
8	Dorsheimer	Ralf			x	
9	Eschborn	Thorsten			x	
10	Filippone	Adriana	entschuldigt			
11	Fischer	Tobias			x	
12	Gärtner	Maximilian			x	
13	Glock	Sina			x	
14	Dr. Götz	Thomas			x	
15	Hillenbrand	Alois		x		
16	Heinz	Tobias			x	
17	Hoeller	Sarah	entschuldigt			
18	Jackstein	Petra			x	
19	Jakob	Dominik			x	
20	Kahnt	Rolf	entschuldigt			
21	Kaltwasser	Jürgen			x	
22	Klos	Rico			x	
23	Knapp	Kira	entschuldigt			
24	Koller	Norbert		x		
25	Kredel	Jochen	entschuldigt			
26	Leisemann	Peter		x		

27	Marquardt	Tanja			x	
28	Middleton	Eva			x	
29	Moritz	Heike	entschuldigt			
30	Müller	Moritz	entschuldigt			
31	Penteker	Mathias	entschuldigt			
32	Rinke	Birgit	entschuldigt			
33	Dr. Schepp	Rolf	entschuldigt			
34	Schich-Kiefer	Ingrid			x	
35	Dr. Schmidt	Fatemeh	entschuldigt			
36	Dr. Schwabenland	Rolf			x	
37	Dr. Schwalbach	Peter			x	
38	Stenger	Bernhard			x	
39	Sterzelmaier	Doris			x	
40	Stühling	Ralph			x	
41	Sydow	Michael			x	
42	Dr. Tiemann	Rolf		x		
43	Dr. Vogt-Saggau	Ulrike		x		
44	Volprecht	Rudolf			x	
45	Wüstner	Hanns-Christian			x	

Der Beschluss wird gefasst mit: 06 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 11.c) Änderungsantrag der Fraktion der Grünen bezüglich "MEGB mbH"

Anmerkung: Auf Antrag der BfB-Fraktion wird einzeln abgestimmt. Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90 die Grünen werden die Spielstriche in Punkt 4 einzeln abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Entscheidungsgrundlage über eine Neuausrichtung, eine Aufgaben-Änderung bzw. eine Abwicklung der MEGB zur Kenntnis.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

2. Eine Übertragung des Bereiches Gebäudemanagement auf die MEGB wird nicht weiterverfolgt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 09 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

3. Die Verwaltungsvorlage wird zur weiteren Beratung in die HFA-Sitzung im Oktober 2022 vertagt. Die Entscheidung wird in einer der nächsten STVV getroffen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

4. Es besteht weiterer Informationsbedarf, daher wird der Magistrat beauftragt, die Punkte 1 und 2 der Vorlage zu prüfen. Diese sind:
 - Die Organisationsstruktur des Stadtmarketings im Hinblick auf Synergien mit der MEGB und dem Thema Wirtschaftsförderung vertiefend zu untersuchen

Der Beschluss wird gefasst mit: 04 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

und

- eine Konzeption zur Verwaltung der städtischen Sozialwohnungen durch die MEGB zu erstellen und die Übernahme des Sozialwohnungsbaus durch die MEGB zu prüfen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 04 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

Zusätzlich soll

- eine Einschätzung beim zuständigen Finanzamt über eine mögliche Grunderwerbsteuer und der Anwendung des § 6a GrEstG eingeholt werden.

Die Ergebnisse der Prüfungen und eingeholter Einschätzung sollen so weit möglich, dem HFA im Oktober zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

5. Der Magistrat wird gebeten, eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile bezüglich der Auswirkungen und Kosten auf die Stadt bei einer Abwicklung der MEGB in tabellarischer Form darzustellen (Synopsis).

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

**Punkt 11.d) MEGB mbH;
Prüfauftrag der Stadtverordnetenversammlung vom 18.02.2021-
Entscheidungsgrundlage über eine Neuausrichtung der MEGB,
eine
Aufgaben-Änderung bzw. eine Abwicklung der MEGB**

Anmerkung: Auf Antrag der FWG-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 Die Grünen erfolgt die Einzelabstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Entscheidungsgrundlage über eine Neuausrichtung, eine Aufgaben-Änderung bzw. eine Abwicklung der MEGB zur Kenntnis und spricht sich für einen Erhalt der Gesellschaft aus.

Der Beschluss wird gefasst mit: 23 Ja-Stimmen, 09 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, mehrheitlich angenommen.

Eine Übertragung des Bereiches Gebäudemanagement auf die MEGB wird nicht weiterverfolgt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich angenommen.

Der Magistrat wird beauftragt, gemäß den Hinweisen der Entscheidungsgrundlage,

3. Die Organisationsstruktur des Stadtmarketings im Hinblick auf Synergien mit der MEGB und dem Thema Wirtschaftsförderung vertiefend zu untersuchen und

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 06 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

4. eine Konzeption zur Verwaltung der städtischen Sozialwohnungen durch die MEGB zu erstellen und die Übernahme des Sozialwohnungsbaus durch die MEGB zu prüfen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 27 Ja-Stimmen, 06 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Die Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Punkt 12.a) Änderungsantrag von Grünen, BfB und FWG zum Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Verringerung der Unfallgefahr im Kurvenbereich von Platanenallee - Augartenstraße - Grieselstraße"

Beschluss:

Die Verkehrsbehörde wird gebeten zu prüfen welche Maßnahmen getroffen werden können, um die Unfallgefahr primär für Fußgänger und Fahrradfahrer im Kurvenbereich von Platanenallee – Augartenstraße – Grieselstraße wirksam zu verringern.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen.

Punkt 12.b) Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Verringerung der Unfallgefahr im Kurvenbereich von Platanenallee - Augartenstraße - Grieselstraße"

Anmerkung: Auf Grund der Abstimmung zum Änderungsantrag von Grünen, BfB und FWG (TOP 12a)) wurde über diesen Punkt nicht abgestimmt.

Beschluss:

Die Frau Bürgermeisterin wird in ihrer Funktion als Ortspolizeibehörde gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um die Unfallgefahr primär für Fußgänger und Fahrradfahrer im Kurvenbereich von Platanenallee – Augartenstraße – Grieselstraße zu verringern – etwa durch Tempo 30 in diesem Bereich ggfs. in Verbindung mit einem Zebrastreifen.

Sie wird zugleich gebeten, geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit anzuordnen und die Gremien darüber zu informieren.

Der Beschluss wird gefasst mit: 0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen,

Punkt 13) Antrag der Fraktionen von CDU, Grünen, SPD, FDP, BfB und FWG bezüglich "Neubau von Kindertagesstätten in Fehlheim und Schwanheim"

Beschluss:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Februar 2020 über den Neubau einer siebengruppigen Kindertagesstätte für die Stadtteile Fehlheim und

Schwanheim auf dem städtischen Grundstück „In den Linkengärten“ wird aufgehoben. Die Verfahren für die 25. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans BF 20 „Kita Fehlheim-Schwanheim“ und für den Bebauungsplan BF 20 „Kita Fehlheim-Schwanheim“ werden nicht weitergeführt.

Der Magistrat wird beauftragt,

- a) eine Kindertagesstätte im Baugebiet „Langgewann“ in Fehlheim auf den Grundstücken Flur 2 Nr. 688/3 und Nr. 689 – als Ersatz für die bestehende katholische Kindertagesstätte – sowie
- b) eine Kindertagesstätte in Schwanheim am bisherigen Standort „Auf der Hochzeit“ als Ersatzneubau oder auf einem anderen geeigneten Grundstück

zu planen und zu bauen. In Schwanheim sind alternative Standorte – z.B. Im Großen Weidlich – zu prüfen.

Hierbei sollen insgesamt mehr als sieben Gruppen vorgesehen werden; für die Aufteilung der Gruppen auf die beiden Standorte – gegebenenfalls mit Erweiterungsmöglichkeit – ist ein Vorschlag auszuarbeiten. Für beide Neubauten sind detaillierte Projektvorlagen inklusive einer Planung der Verkehrsführung zu erstellen und ein Zeitplan für die Umsetzung vorzulegen.

Mit den bisherigen Trägern, der evangelischen Kirchengemeinde Schwanheim und der katholischen Kirchengemeinde Fehlheim, sind Verhandlungen zur Übernahme bzw. Fortführung der Trägerschaft zu führen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung, einstimmig angenommen.

Punkt 14) Bericht Haushaltssicherungskonzept

Anmerkung: Es wird über diesen Punkt nicht abgestimmt.

Punkt 15) Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "MINT-Zentrum"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 16) Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Wettbewerbsunterlagen Landesprogramm Zukunft Innenstadt - urban gardening und Aufwertung Wambolder Hof"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 17) Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Schließung des Dalberger Hofes"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 18) Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Umsetzung Beschluss Ortsbeirat Mitte für Nahversorger für Stadtmitte"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 19) Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Entscheidungsgrundlagen Prüfauftrag MEGB"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 20) Anfrage der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bezüglich "Bürgerstiftung"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde ausgehändigt.

Punkt 21) Wildnisprojekt der Wohllebens Waldakademie GmbH & Co.KG

Anmerkung: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Ende der Sitzung: 22:07 Uhr

.....
Christine Deppert
Stadtverordnetenvorsteherin

.....
Andrea Dietzel
Schriftführerin